

Früher wurden gesamtschweizerische Anliegen mittels Bundesgesetzgebung geregelt. In den letzten Jahren ist eine für die Zukunft folgenschwere Unsitte eingetreten: Die Legiferierung auf Quasi-Bundesniveau durch unzählige Konkordate. Ein neu eingeführter Artikel der Bundesverfassung erlaubt gar deren Allgemeinverbindlicherklärung.

Grosse Kantone bestimmen in den Vorständen der jeweiligen Direktorenkonferenzen, was schweizweit zu gelten hat, und kein demokratisch gewähltes Parlament kann materielle Änderungen an diesen Vorlagen mehr vornehmen. Dass die Bevölkerung einer solchen Gesetzgebung ohne Volk kritisch gegenüber steht, haben die HarmoS-Abstimmungen in verschiedenen Kantonen bewiesen. Zudem verursacht dieser „kooperative Föderalismus“ erhebliche Kosten, im Kanton Aargau betragen allein die fixen Beiträge knapp CHF 2'000'000 pro Jahr.

Aus diesem Grund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Umstand, dass mit der zunehmenden Bedeutung der KdK sowie der Fachdirektorenkonferenz vermehrt durch Exekutivvertreter legiferiert wird, was bedeutet, dass die Gesetze materiell nicht mehr von demokratisch gewählten Parlamentariern/innen in den Kantonen oder auf Bundesebene ausgearbeitet werden können? Wie stellt sich der Regierungsrat zu einer solchen Gesetzgebung ohne Mitsprache von Parlament und Volk ?
2. Wie steht der Regierungsrat zur im Bundesparlament beantragten Streichung von Art. 48/1 der Bundesverfassung, welcher die Allgemeinverbindlicherklärung von Konkordaten gegen den Willen von kantonalen Volksentscheiden möglich macht?
3. Wie hoch waren die Mitgliederbeiträge des Kantons Basel-Stadt an die KdK, sowie den vielen einzelnen Konferenzen wie der FDK, EDK, GDK etc. inkl. den Projekten, sowie die Beiträge an das Haus der Kantone für das Jahr 2008 (Anzahl Personal und Betrag)?
4. Wie sieht der Regierungsrat die Zukunft des „kooperativen Föderalismus“? Soll er weiter verstärkt werden, oder muss die Zusammenarbeit der Fachdirektorenkonferenzen eher kritischer hinterfragt werden?

Andreas Ungricht